



Hagen Reinhold
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Anlässlich der Bundestagsdebatte zum Schicksal der Peene-Werft, erklärt der Sprecher für die maritime Wirtschaft der Fraktion der Freien Demokraten, Hagen Reinhold:

Berlin, 18.01.2019

Hagen Reinhold, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-78388
Fax: +49 30 227-70390
hagen.reinhold@bundestag.de

„Wie der Marineschiffbau in Mecklenburg-Vorpommern gesichert werden kann!“

„Ministerpräsidentin Schwesig geht kopflos mit der Situation um, in die ihre Partei die Peene-Werft gebracht hat. Es ist höchste Zeit für Frau Schwesig als stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD Farbe zu bekennen. Auf Landesebene lässt sie sich für die Förderung der heimischen Wirtschaft beklatschen. Auf Bundesebene sorgt die SPD aber seit den Koalitionsverhandlungen dafür, dass die Peene-Werft in Schwierigkeiten ist. Ähnlich wie bei den Russland-Sanktionen fährt Frau Schwesig hier doppelgleisig und das hilft der Wirtschaft in unserem Bundesland nicht weiter. Was die deutsche Wirtschaft und somit auch die Werften im Land brauchen, ist Klartext, Frau Schwesig!“, fordert Reinhold.

„Wir reden hier über eine Werft, nicht über eine Bäckerei, wo man heute Brötchen und morgen Kuchen backen kann. Diese Werft kann sich mit Projektierung nicht so ohne weiteres neuen Aufträgen zuwenden. Die jetzt erzeugte Unsicherheit trifft die Werftarbeiter vor Ort. Es trifft mittel- und unmittelbar 1500 Menschen in und um Wolgast. Es trifft die Stadt, die ein Drittel ihrer Gewerbesteuereinnahmen der Werft verdankt. Wenn Frau Schwesig wirklich etwas für M-V und die heimische Wirtschaft tun will, dann sollte Sie erstens dafür sorgen, dass sich ihre Kollegen in Berlin schnell eine Meinung bilden und sich in der Sache entscheiden. Zweitens könnten die Werften in M-V auch von Aufträgen, die der Bund aktuell vergibt, profitieren.

Die Bundesregierung muss ihre Zusagen einhalten und sich eng mit ihren internationalen und vor allem ihren europäischen Partnern abstimmen und dabei eine gemeinsame europäische Linie anstreben. Denn gerade in Zeiten des Brexit sollte sich die Bundesregierung stärker auf Europa konzentrieren statt auf eine Insellösung im Marineschiffbau zu setzen.“, ist Reinhold überzeugt.